Interview mit Henryk Szlajfer

Henryk Szlajfer ist Mitglied der Redaktion von NTO, des Warschauer Mitteilungsblatts von „Solidarität" für die Arbeiter im Bereich Wissenschaft, Technik, Kultur. Seine Artikel über die Ziele der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung und über die Wirtschaftsreform, die er für den Diskussionskreis „Forum '80" von „Solidarität" an der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Warschau schrieb, wurden in vielen regionalen Gewerkschaftsblättern nachgedruckt. Das folgende Gespräch mit Szlajfer wurde Ende Dezember von der französischen Journalistin Jacqueline Allio in Warschau geführt.

Frage: *In den Diskussionen mit den Funktionären und sogar mit den Wirtschaftsexperten von Solidarnosc, war ich erstaunt darüber, wie groß die Verwirrung ist, die in der Debatte über die Wirtschaftsreform herrscht, insbesondere was die Rolle des* zentralen Plans *betrifft und die Auswirkungen, die eine Wiedereinführung von Marktmechanismen in die Wirtschaft haben könnten. Alle scheinen mehr oder weniger sich darüber einig zu sein, daß solche Maßnahmen an erster Stelle auf landwirtschaftlichem Gebiet erfolgen müßten, aber niemand scheint genaue Vorstellungen über das Ausmaß dieses Prozesses, vor allem auf anderen wirtschaftlichen Gebieten, zu haben. Niemand scheint sich auch klar zu sein, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden müßten, um das Bestehen solcher Marktmechanismen mit der Aufrechterhaltung einer zentralen Planung in Übereinstimmung zu bringen.*

Henryk Szlajfer: Es ist wahr, daß die meisten Leute nicht wissen, wie die Verbindungen zwischen Marktelementen und dem zentralen Plan aussehen müßten. Das rührt unter anderem daher, daß es seit fünf oder sechs Jahren fast überhaupt keinen zentralen Plan mehr gibt. Wir stehen einer Lage gegenüber, in der einerseits zentrale Entscheidungen von der administrativen Seite her sehr weit gehen und den Betrieben keine Autonomie einräumen und andererseits der Plan als Mittel, die Gesamtwirtschaft zu koordinieren, praktisch nicht vorhanden ist. Um sich davon zu überzeugen genügt es, die in dem Plan verwandten Indikatoren (Kennziffern) mit ihrem konkreten Einsatz in jedem einzelnen Unternehmen zu vergleichen. Man stellt dann fest, daß es einen gewaltigen Graben gibt zwischen diesen Kennziffern und den wirtschaftlichen Ergebnissen, bezogen auf das, was in den letzten 5 oder 6 Jahren geplant worden ist. Das zeigt, daß der Plan eine Fiktion war. Und das erklärt auch, warum die Leute aus dieser Praxis nicht die richtigen Lehre ziehen können, warum sie dazu neigen zu vereinfachen und insbesondere zentrale Planung mit zentraler Verwaltung der Wirtschaft und der Betriebe gleichzusetzen.

Im Augenblick neigen die Wirtschaftswissenschaftler der Regierung ebenso wie die mit Solidarität Verbundenen dazu, in vereinfachten Vorstellungen zu denken und den zentralen Plan und die Kräfte des Marktes einander gegenüberzustellen. Und wenn sie an eine Wirtschaftsreform denken, dann beziehen sie sich auf die Lage, die Ende der fünfziger Jahre herrschte und die Ursache war für die Debatten Anfang der sechziger Jahre, als es um die Fragen des Wertgesetzes ging, um die Preise, den zentralen Plan, usw. Sie beziehen sich übrigens auf eine Art „klassischer" Wirtschaftsreform, nämlich die ungarische Reform. Ich meine jedoch, daß die Voraussetzungen hierfür falsch sind. Zunächst einmal weil die Bedingungen, unter denen die ungarische Reform durchgeführt worden ist, total andere waren als die augenblicklichen in Polen. Die wesentlichen Unterschiede sind erstens, daß die Reform in Ungarn 1968 begonnen wurde, als die Wirtschaft nicht in einer Krise steckte, während wir es heute in Polen mit einer *strukturellen Wirtschaftskrise* zu tun haben.

Zweitens hatten die Ungarn 1968 keine Schwierigkeiten mit ihrer Zahlungsbilanz, während das in Polen heute der Fall ist. Und drittens — das ist der wohl wichtigste Faktor — hatten die Ungarn gewaltige Kapitalien in der Landwirtschaft investiert, und zwar während des ganzen Jahrzehnts, das dem Beginn der Wirtschaftsreform vorausgegangen war. Das aber bedeutet, daß sie 1968 die Reform begannen, ohne das Problem des Engpasses in der Versorgung und den Nahrungsmittelreserven zu haben. Das stellte also für das freie Spiel der Wirtschaftsgesetze keinen begrenzenden Faktor dar. Heute in Polen ist die Versorgungskrise ein gewaltiges Problem und solange die Reserven so unzureichend sind, solange die Bedürfnisse an Nahrungsmitteln nicht gedeckt werden können, werden alle Versuche, die Strukturen des Verteilungskreislaufes zu ändern, zum Scheitern verurteilt sein.

Das also sind die drei wesentlichen Unterscheidungsmerkmale im Vergleich zur ungarischen Lage. Wenn man diesen drei Elementen die Tatsache hinzufügt, daß in Polen das Lenkungssystem und die Mechanismen, die es gestatten, die Wirtschaft zu kontrollieren, fast völlig zerstört sind dann begreift man, warum die Regierung unfähig ist, über die wesentlichen Elemente des wirtschaftlichen Gleichgewichtes Kontrolle auszuüben, sei es auf dem Gebiet der Rohstoffe, der Versorgung mit Energie, der Weiterverarbeitung usw. All das bedeutet daß es zumindest in den beiden kommenden Jahren unmöglich sein wird, in diesem Lande eine Reform des klassischen Typs durchzuführen.

Alle Erklärungen und Konzepte über diese Art von Reform sind vielleicht für die Zukunft gültig, in zwei, drei oder vier Jahren, aber das wesentliche Problem liegt in der Gegenwart. Es geht schlicht darum, Ordnung in die Wirtschaft zu bringen. Man muß zunächst wissen, worüber man genau verfügt, welche Engpässe es auf dem Gebiet der Produktion, insbesondere auf technischem Gebiet gibt. Und diese Idee, daß es nötig ist, zunächst einmal Ordnung in die Wirtschaft zu bringen, ehe man an eine Wirtschaftsreform herangeht, wurde unter anderen von Czeslaw Borowski betont, der für mich der beste polnische Spezialist auf dem Gebiet der Planung bleibt. Er hat deutlich erklärt, daß man keine großen Reformen oder starke Veränderungen in der unmittelbaren Zukunft erwarten dürfe, und daß man höchstens einige kleinere Änderungen in der Funktionsweise der Wirtschaft in den kommenden zwei oder drei Jahren erhoffen könne.

Was Solidarität betrifft, so sind dort die verschiedenen Standpunkte, die in der Debatte zum Vorschein kamen, bis jetzt nicht sehr klar. Diejenigen, die sich das Interventionsfeld von Solidarität auf die klassischen Gebiete einer Gewerkschaft beschränkt vorstellen, versuchen diese Frage völlig zu übergehen. Sie behaupten, diese Probleme lägen nicht in der Zuständigkeit von Solidarnosc, sie hingen von der Regierung ab. Solidarnosc könne lediglich, wenn der Plan zur Wirtschaftsreform vorgelegt werde, Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken. Bisher ist dies die hauptsächliche Strömung, die in den Gewerkschaftsblättern zum Ausdruck gekommen ist.

Die zweite Strömung, die noch schwach ist, aber an Boden gewinnt bei den Mitgliedern von Solidarität, verteidigt den Standpunkt, daß die Vorbereitung der Wirtschaftsreform eines der wichtigsten Diskussionsthemen der Gewerkschaft sein müsse, weil die Art der angenommenen Reform mit darüber bestimmen werde, welchen Platz Solidarität in der wirtschaftlichen Lenkung des Landes einnehmen wird. In der Tat wird jede Entscheidung des Parlamentes über die Gesetze, die auf die Betriebe oder die Wirtschaftsreform anwendbar sind, das Tätigkeitsfeld von Solidarität auf wirtschaftlichem Gebiet entweder einengen oder erweitern. Ich glaube, daß die zweite Strömung recht hat, und daß man ganz schnell in die Diskussion über die Wirtschaftsreform innerhalb „Solidarität" einsteigen muß, und zwar parallel zur Debatte über den gesetzlich festzulegenden Rahmen für die Aktivität unabhängiger Gewerkschaften.

Um aber jetzt auf die Frage des zentralen Plans zurückzukommen, so glaube ich, wenn man nicht zentrale Planung und Verwaltung durcheinanderbringt — was sehr oft geschieht — ist es absolut möglich, den Betrieben einen großen Spielraum an Autonomie einzuräumen, ohne deshalb das Konzept eines zentralen Planes aufzugeben. Wesentlich ist es, das Interventionsfeld der Plankommission zu begrenzen und genau festzulegen, was ihrer Kontrolle unterliegt und was nicht. Es ist zum Beispiel offensichtlich, daß die wichtigsten Kennziffern durch diese Kommission bestimmt werden müssen. Sie muß auch — hier sogar verwaltungsmäßig — eine entscheidende Rolle in der Kontrolle der Produktion der Rohstoffe oder der Grundinvestitionen in der Schwerindustrie und in der Leichtindustrie spielen. Aber das übrige muß dezentralisiert sein, muß direkt durch eine zwischenbetriebliche Abstimmung, ohne administrative Eingriffe seitens der Zentralkommission erfolgen.

Die andere wesentliche Frage betrifft jedoch die Art und Weise der Ausarbeitung des zentralen Plans, sodaß tatsächlich die Arbeiter in den Betrieben daran beteiligt sind. Zu diesem Zweck müßte der Planungsprozeß vom Betrieb ausgehen. Das ist insbesondere hinsichtlich der Rohstoffe wichtig, man muß sich vor

Augen führen, was die Zentrale Planungskommission im Augenblick in einem Bereich wie dem der Kohlengruben an Produktion erwartet und was die Bergarbeiter zu tun bereit sind. Die Differenz zwischen beidem liegt in der Größenordnung von 20 Millionen Tonnen Kohle. Das beweist daß man einen realistischen Plan nur dann aufstellen kann, wenn man sich auf einen Prozeß stützt, der von der Basis ausgeht, wie das heute im Bergbau der Fall ist, wo die Arbeiter ihre Ansichten der Regierung aufgezwungen haben. Und die Tatsache, ob ein Plan realistisch ist oder nicht, bestimmt ganz einfach über Sein oder Nichtsein des Plans. Bisher war im Gegensatz hierzu die Prozedur, die zur Ausarbeitung eines Planes führte, völlig anders. Die hauptsächlichen Kennziffern kamen von oben, wo sie in der zentralen Planungskommission festgelegt wurden. Das aber erklärt ihren illusorischen Charakter, die Tatsache, daß die Ergebnisse ohne jeden Bezug zu den zentral festgelegten Voraussetzungen blieben.

Frage: *Welche sind Deiner Meinung nach die Prioritäten, die unter dem Gesichtspunkt der Sofortmaßnahmen ergriffen werden müßten, um die augenblickliche Wirtschaftskrise zu überwinden?*

Henryk Szlajfer: Die Prioritäten zu bestimmen, ist sehr einfach. Zunächst einmal genügt es, vor allem von den Bedürfnissen auszugehen. Jede Diskussion müßte von den wesentlichen Problemen bestimmt werden, auf die die Mehrheit der Menschen in ihrem täglichen Leben stößt. Dann aber schälen sich sofort vier Arten von Prioritäten heraus.

An erster Stelle müssen die Kapitalinvestitionen in die Landwirtschaft beträchtlich erhöht werden, um so schnell wie möglich die Nahrungsmittelknappheit zu beseitigen.

Die zweite Priorität an Investitionen gilt dem Wohnungsproblem und der Notwendigkeit, Kapital in den Bau von Wohnungen zu stecken, deren Zahl vor allem in den Städten völlig unzureichend ist.

Der dritte Punkt betrifft Investitionen in der gesellschaftlichen Infrastruktur – Schulen, Krankenhäuser, Kinderkrippen – ganz zu schweigen von der Erhöhung der Mittel, die für Erziehung und Kultur ganz allgemein nötig sind.

An vierter Stelle schließlich steht das Problem der Ausrüstung der privaten Haushalte, die in Betracht gezogen werden muß. Die Lage ist für junge Paare, die sich einrichten wollen, absolut katastrophal, sowohl im Hinblick auf Möbel als auch auf Kühlschränke und Fernsehapparate. All dies sind absolut notwendige Dinge, die nichts mit Luxus zu tun haben, die man sich aber nur schwer beschaffen kann.

Frage: *Welche Lösungen können vorgeschlagen werden, um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern?*

Henryk Szlajfer: Man muß zunächst darauf hinweisen, daß die Regierung sich als absolut unfähig erwiesen hat, den Bereich der Landwirtschaft richtig zu verwalten. Die Produktionsrate auf den Staatsgütern ist derart katastrophal, daß einige bereits den Vorschlag gemacht haben, diese Güter einfach unter die Privatbauern aufzuteilen. Das aber wäre ein Fehler, weil

einerseits die Staatsfarmen eine besondere Rolle spielen müssen und weil andererseits die selbständigen Bauern nicht in der Lage wären, unter den augenblicklichen Umständen eine so gewaltige Masse an Boden zu übernehmen und auch wirksam zu nutzen.

Im Augenblick ist es wesentlich, die Verteilung der Investitionen zwischen den beiden Bereichen, dem privaten und dem staatlichen, sofort zu ändern, damit die unerhörte Ungleichheit zwischen beiden abgestellt wird. Tatsächlich gehen zwei Drittel der Subventionen und Investitionen in den staatlichen Sektor, obwohl dieser nur ein Drittel der landwirtschaftlichen Produktion erbringt, während der private Sektor, der 70 % der landwirtschaftlichen Produktion erzeugt, nur 33 % der Investitionen erhält. Daher rührt die Schwierigkeit der selbständigen Bauern, Maschinen anzuschaffen, die notwendigen Menge an Futtermitteln zu erhalten und die Kredite, die unabdingbar sind, um ihre Arbeit lohnend zu machen. Denn wenn der private Sektor auch sehr viel rentabler ist als der staatliche, so bleibt doch die Produktivitätsrate im privaten Bereich sehr niedrig im Vergleich zu anderen industrialisierten Staaten. Das erklärt sich insbesondere daher, daß fast die Hälfte der privaten Höfe, die manchmal weniger als einen Hektar Land haben, Subsistenzfarmen sind (also nur für den Eigenbedarf sorgen). Sie bringen fast nichts auf den Markt. Es müssen deshalb sehr rasch Maßnahmen getroffen werden, um dies zu ändern.

Die natürliche Arbeitsteilung müßte in der Tat darauf hinauslaufen, daß der staatliche Sektor – abgesehen von der Arbeit in Versuchsfarmen – vor allem die Produktion von Viehfutter sicherstellt, die einen hohen Grad an Mechanisierung erfordert und den selbständigen Bauern die Viehzucht und jene Kulturen überläßt, die einen größeren Teil an Handarbeit erforderlich machen. Die Regierung hat vor einigen Jahren jedoch entschieden, daß die Staatsfarmen auch Viehzucht betreiben sollen und zwar im Gegensatz zu dem, was bis dahin üblich war. Die unmittelbare Folge davon war, daß man große Mengen an Futter importieren mußte, denn die Staatsgüter hatten sich vorher als unfähig erwiesen, genügend Futtermengen zu produzieren, um die Bedürfnisse des privaten Bereiches zu decken. Ihre eigenen Bedürfnisse an Futter kamen jetzt zusätzlich zu den bereits vorhandenen Anforderungen hinzu. Infolge der fantastischen Vergeudung, die im staatlichen Bereich herrscht, hat man auch rasch festgestellt, daß man dort sehr viel mehr Futter brauchte, um ein Kilo Schweinefleisch zu erzeugen als im privaten Sektor (7 Kilo im staatlichen und nur 4 Kilo im privaten Sektor!)

Auf diese Weise sind die Importe in wenigen Jahren von 2,5 Millionen Tonnen Viehfutter auf 10 Millionen heute gestiegen, was einen der wesentlichen Faktoren der wachsenden Auslandsverschuldung Polens darstellt. Wie dumm die damalige Entscheidung des Staates war, geht allein daraus hervor, daß die landwirtschaftliche Produktion insgesamt seit 1978 ständig zurückging und die Schweineproduktion insbesondere zwischen 1979 und 1980 um 30 % gesunken ist. Die in der Landwirtschaft herrschende Krise spüren aber

nicht nur die Produzenten, sondern auch die Konsumenten, da die Nahrungsmittelknappheit schärfer ist als je zuvor. Die Lösungen, die dazu dienen, die Lage wieder zu verbessern, müssen deshalb von der gesamten Arbeiterbewegung diskutiert werden. Es ist eine weitverbreitete Vorstellung, man müsse die Preise, die den Bauern gezahlt werden, so sehr erhöhen, daß die Bauern damit zurecht kommen (ganz zu schweigen von den Maßnahmen, die getroffen werden, um Schluß zu machen mit der bürokratischen Verwaltung, die in diesem Bereich hyperzentralisiert und reiner Schwachsinn ist). Was aber geschieht dann mit den Verbraucherpreisen? Wird man dann die Löhne entsprechend erhöhen müssen? Wäre es nicht besser, die Subventionen des Staates zu erhöhen? Diese Debatte hat erst begonnen.

Frage: *Welches sind Deiner Ansicht nach die Strukturen, die man fördern muß, damit die Arbeiter in all diesen Debatten ihren Standpunkt zur Geltung bringen können?*

Henryk Szlajfer: Wenn man – wie die Führung von Solidarität es bisher tat, davon ausgeht, daß die vornehmlichste Aufgabe der Gewerkschaft darin liegt, die unmittelbaren Interessen der Arbeiter zu verteidigen dann kommt man zum Schluß, daß alles, was mit der Wirtschaftslenkung zu tun hat, in die Hände von Selbstverwaltungsstrukturen auf der betrieblichen Ebene gelegt werden muß. Aber ich glaube, daß dies nur eine Teilantwort auf das Problem ist, vor dem wir stehen, und es ist eine rein formale Lösung. Denn wenn man es in einem Betrieb mit wirklich lebendigen Selbstverwaltungsstrukturen zu tun hat, wird man sehr schnell feststellen, daß diejenigen, die daran teilnehmen, vor allem Mitglieder von Solidarität sind. Wenn also die Rolle von Solidarität als Gewerkschaft auch klar abgegrenzt ist, so werden doch die Mitglieder von Solidarität eine doppelte Funktion ausüben: Gewerkschaftsfunktionäre und Vertreter in den Organen der Selbstverwaltung. Das Problem der Verbindung zwischen beiden und der Gewerkschaft ist also noch keineswegs genau bestimmt und muß deshalb ausdiskutiert werden.

Es gibt jedoch auch ein allgemeineres Problem, ob es nämlich richtig ist, überhaupt an der Wirtschaftsdebatte teilzunehmen, oder ob man sich da nicht lieber raus halten und den strikten Status eines Beobachters bewahren soll. Ich meine, daß es zur Aufgabe von Solidarität gehört, ein Programm über die Wirtschaftsreform auszuarbeiten, wie auch zu jedem Aspekt des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Das ist das einzige Mittel, um dem Regierungsprogramm unser Alternativprogramm entgegenstellen zu können. Das setzt voraus, daß man bereit ist, an der Leitung der Betriebe teilzunehmen, *aber auf der Grundlage von Bedingungen, die von Solidarität bestimmt werden* und nicht von der Regierung. Anders ausgedrückt: wenn die Regierung einen Plan zur Wirtschaftsreform vorlegen wird, oder zur Einführung von Dringlichkeitsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet, besteht die wirkliche Gefahr, daß dann die unabhängigen Gewerkschaften beschuldigt werden, Anarchisten, verantwortungslose Menschen zu sein und die Gesamtwirtschaft zu sabotieren, wenn sie der Regierung nichts anderes entgegenzusetzen haben, als die von ihr vorgeschlagenen Pläne einfach abzulehnen.

Was die Praxis betrifft, so ist es durchaus möglich, daß in einigen Betrieben Komitees von Solidarität tatsächlich so auftreten, als ob sie Selbstverwaltungsorgane wären. Wenn sie sich praktisch damit beschäftigen, die Warenbestände aufzunehmen, zu untersuchen, wie es mit dem Maschinenpark bestellt ist, sich über die Verschwendung von Mitteln und die schlechte Verwaltung der Direktion zu informieren, wie es die Arbeiter von URSUS, von Huta Katowice oder der Werften getan haben – ganz zu schweigen von dem Willen, eine allgemeinere Kontrolle über die Versorgung auszuüben, wie es im Augenblick bei der Rationierung von Fleisch der Fall ist, dann überschreitet „Solidarität" bei weitem die traditionelle Verteidigungsrolle einer klassischen Gewerkschaft. Wenn aber „Solidarität" kein klares alternatives Programm hat, sowohl den Prozeß der Wirtschaftsreform als auch der als auch der Selbstverwaltung voranzutreiben, dann taucht unzweifelhaft das Risiko auf, daß isolierte gewerkschaftliche Gruppen sich einfach korrumpieren oder in das alte Lenkungssystem integrieren lassen. Vor allem die schwachen oder wirtschaftlich gesehen weniger wichtigen Betriebe, in denen die Arbeiter nicht auf die Hilfe anderer Betriebe zählen können, sind dann gefährdet.

Ich habe den Eindruck, daß die meisten Arbeiter bereit sind, ein System der Mitbestimmung oder der Mitentscheidung zu akzeptieren, wenn sie tatsächlich in kämpferischer Weise in die wirtschaftlichen Entscheidungen auf betrieblicher Ebene eingreifen können. Darum gehört es zur Aufgabe von „Solidarität" insgesamt, einen allgemeinen Rahmen zu erarbeiten, der es diesen isolierten Arbeitern ermöglicht, in einen Prozeß der Selbstverwaltung einzutreten.

Frage: *Ich war in der Diskussion mit Arbeitern einiger Großbetriebe im Stahlbereich, der Automobilindustrie auf den Werften, usw. überrascht fest zustellen, daß sie im Rahmen ihrer Vorschläge für die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um die Produktion zu reorganisieren und die Produktivität zu verbessern, nicht davor zurückschreckten, von Entlassungen zu sprechen (ohne Vorschläge zu machen, wie man diese Arbeiter wieder eingliedert, so daß sie also arbeitslos wären). Ganz allgemein schienen sie sich übrigens sehr wenig über die Folgen einer Wiedereinführung der zwischenbetrieblichen Konkurrenz bewußt zu sein.*

Henryk Szlajfer: Das erklärt sich daraus, daß die meisten Arbeiter in diesem Land, seien es nun Facharbeiter oder Ungelernte, Angestellte, Techniker usw., niemals mit der Gefahr der Arbeitslosigkeit konfrontiert gewesen sind. Man kann sogar sagen, daß dies zumindest hinsichtlich der Arbeiter in der Produktion, der Techniker oder der Ingenieure auch heute noch nicht der Fall ist. Für sie ist deshalb das Konzept der Arbeitslosigkeit abstrakt. Was sie mit dem Wort Arbeitslosigkeit verbinden, ist vielmehr die Lage, in der Arbeiter bezahlt werden, ohne etwas zu tun. Äußerstenfalls glauben sie, das könne nur andere Schichten betreffen, aber nicht sie selbst. Ich glaube jedoch, wenn sie

einige Erfahrungen in diesem Sinne gemacht haben, werden sie zu den hartnäckigsten Gegnern von Arbeitslosigkeit gehören. Und ich glaube nicht, daß es wirklich eine Gefahr gibt, Arbeiterkomitees könnten für eine wirkliche Politik der Arbeitslosigkeit eintreten. Das würde Solidarität in eine unmögliche Lage versetzen. Polen wäre dann das erste Land in der Welt, in dem eine Gewerkschaft sich bereit zeigen würde, eine solche Politik zu unterstützen, und zwar nicht nur in der Praxis, sondern auch auf der ideologischen Ebene.

Wenn ich an Diskussionen zurückdenke, die ich mit Arbeitern zum Beispiel in Huta Katowice hatte, dann stelle ich übrigens fest, daß sie sehr viel pfiffiger waren. Im Verwaltungsbereich dieses Stahlwerkes gibt es, wie überall sonst auch, einen Überschuß an Arbeitskräften. Es ist wahr, daß die Arbeiter sich nicht gerade besorgt zeigten über das Schicksal der Angestellten, die man entlassen mußte. Als es aber um die Frage der bäuerlichen Arbeiter ging (der „Mondscheinbauern", die im Betrieb arbeiten und gleichzeitig auch auf ihrem kleinen Bauernhof), die größtenteils unqualifizierte Arbeiter sind und deren Leistung im Betrieb nicht gerade hervorragend ist, haben sie jede Überlegung, sie zu entlassen,weit von sich gewiesen. Sie argumentierten, daß sie schließlich — selbst offiziös — zur Lebensmittelversorgung des ganzen Landes und auch der Stadt Katowice einen Beitrag leisten, auch der Stadt Katowice, wo sie auf dem Markt Gemüse, Früchte, Eier usw. verkaufen. „Wenn sie keine Lohnarbeit mehr haben, dann werden sie auch ihren Bauernhof aufgeben und nicht mehr das produzieren, was sie heute erzeugen, und wir werden verhungern", erklärten die Arbeiter.

Und was Solidarität betrifft, so glaube ich nicht, daß die Mitglieder bereit sein werden, für eine Politik der Entlassungen Verantwortung zu übernehmen, denn sie würden dann in den Augen der betroffenen Arbeiter als Verräter dastehen. Das wäre einfach Selbstmord für die Bewegung und es ginge gegen die gesamte Ausrichtung der unabhängigen Gewerkschaften seit dem Zeitpunkt ihrer Entstehung.